
Dieter Schulte

Erneuerung unserer Politik - Reform unserer Organisation

Grundsatzreferat auf dem 15. Ordentlichen DGB-
Bundeskongreß vom 13. bis 17. Juni 1994 in Berlin

Dieter Schulte, geb. 1940 in Duisburg, Maurerlehre, Arbeit als Maurer, dann als Brenner und von 1965 bis 1978 als Qualitätsbeobachter bei der Thyssen Stahl AG in Hamborn, war Vertrauensmann, Betriebsrat, Konzernbetriebsrat und Aufsichtsrats-Mitglied. 1987 wurde er Vorsitzender des Betriebsrats, 1990 Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Thyssen Stahl AG. 1991 wurde er in den Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall gewählt und leitete das „Stahlbüro“ in Düsseldorf (verantwortlich für: Montanmitbestimmung, Mitbestimmung 76, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Montan-Union). Am 14. Juni 1994 wurde er in Berlin zum DGB-Vorsitzenden gewählt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr verehrte Gäste. Wer nicht aufrecht geht, kann die Sterne nur in Pfützen am Boden sehen. Das hat sich in über 100 Jahren Gewerkschaftsgeschichte nicht geändert. Gewerkschaftsarbeit greift nicht nach den Sternen. Aber wir behalten die Sterne im Blick.

Im Bild der öffentlichen Meinung sind wir so eine Art Mischung aus Krebs und Stier. Für die einen sind wir viel zu langsam, für die anderen wollen wir mit dem Kopf durch die Wand. Das öffentliche Bild von Gewerkschaften ist oft sehr einfach: Entweder sind wir zu schwach und in der Krise, oder zu stark und in der Übermacht. Als verantwortungsvoll und erfolgreich werden wir nur in der Vergangenheitsform gewürdigt.

Wichtig jedoch ist: Wir *selbst* müssen uns sicher sein, daß unsere heutige Arbeit - morgen als ein erfolgreiches Stück Gewerkschaftsgeschichte gelobt wird. Von dieser Selbstsicherheit haben wir scheinbar manches eingebüßt.

Das ist *nicht* gut, weil unsere Gegner diese Verunsicherung nutzen. Das ist *gut*, weil wir neue Orientierungen und Erfahrungen suchen müssen. *Stärke* gewinnen wir nur durch Wandel!

Ich will über die Zukunft der Arbeit, die Zukunft der Gewerkschaften, über die künftigen Aufgaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes reden.

Der DGB darf nicht der „Hans Dampf“ in allen Gassen sein. Der DGB muß *Dampf und Druck* machen an den großen gesellschaftlichen Kreuzungen. Der DGB muß *dann* zu sehen und zu hören sein, wenn *Richtungsentscheidungen* fallen: Ob Arbeitslosigkeit, Armut und Ungerechtigkeit weiter wachsen, oder ob Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Chancengleichheit wieder stärker Ziele der Politik in Deutschland werden. Hier wollen wir uns einmischen! Hier müssen wir uns einmischen!

I.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Unser Kongreß ist der erste Kongreß des DGB im vereinten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Hans Böckler hat in seiner Eröffnungsrede auf dem Gründungskongreß in München zutiefst bedauert: „Es lassen leider die politischen Verhältnisse noch nicht zu, daß Delegierte aus Mecklenburg-Vorpommern, aus Brandenburg, aus Sachsen-Anhalt, aus Sachsen und Thüringen dabei sein können.“ Seit vier Jahren sind wir vereint. Eine aufregende und spannende Zeit, voller Chancen und Hoffnungen - aber auch voll tiefer Enttäuschung und Bitternis liegt hinter uns. Die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern haben Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gewonnen, manche Sicherheiten und Hoffnungen aber auch verloren. Verloren haben junge Menschen - Ausbildungsplätze und Arbeit, verloren haben die Frauen — nicht nur ihren Arbeitsplatz, auch ein Stück Selbstbestimmung und Würde durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Paragraph 218. Dies ist ein dunkler Fleck in der deutschen Rechtsgeschichte. Für uns gilt weiterhin: Abtreibung muß straffrei werden, die Frau muß verantwortungsvoll selbst entscheiden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Menschen haben auf die Marktwirtschaft gehofft - sie wurden bitter enttäuscht. Statt Brücken in die Zukunft zu bauen, statt behutsam zu sanieren wurde Hals über Kopf privatisiert oder - noch schlimmer - abgewickelt. Die Gewerkschaften haben vor den schädlichen Folgen einer Wirtschaftspolitik gewarnt, die geglaubt hat, mit der Einführung der D-Mark allein erblühe das Land. Wir haben kritisiert und demonstriert, wir haben gerettet, was noch zu retten war. Wir haben auch manche Änderungen in der Politik erreicht, um industrielle Kerne zu sanieren und die Infrastruktur zu erneuern.

Heute sehen wir zarte Pflanzen wirtschaftlicher Belebung. Aber das ist weniger das Verdienst dieser Bundesregierung. Es waren die Belegschaften, die Betriebs- und Personalräte und ihre Gewerkschaften. Sie haben um jeden nur möglichen Arbeitsplatz gerungen und viele Betriebe vor dem Plattmachen

gerettet. Sie haben Hoffnung bewahrt und Verzweiflung gemildert. Dafür danken wir Ihnen!

Dennoch: Es bleibt die bittere Bilanz: Durch politische Versäumnisse wurden zu viele Arbeitsplätze vernichtet. Deshalb kämpfen wir dort weiter um Arbeitsplätze. Wir brauchen auch künftig Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften. Sie sind die Brücken in eine Arbeit, die auch Zukunft hat!

Wir wollen eine Nachfolgeregelung für die Treuhand, die Beschäftigung fördert und Industrie erneuert. Ich fordere ein Aufbauprogramm Ost: Für eine wettbewerbsfähige Industrie, für eine moderne Infrastruktur, für eine moderne Verwaltung. Dieses Programm muß sozial gerecht finanziert werden.

Die anfängliche Bereitschaft, solidarisch zu teilen, wurde von dieser Bundesregierung leichtfertig verspielt. Es ist höchste Zeit, daß die starken Schultern mehr tragen als die schwachen, daß über Vermögen finanziert wird, was allzulange nur aus den Taschen der Arbeitnehmer bezahlt wurde. Die Arbeitgeber wollten in der ehemaligen DDR neues Geld verdienen — und das haben sie auch. Die Arbeitnehmer aber sollten sich in neuer Bescheidenheit üben. Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit in Deutschland. Wir haben dagegen gehalten und wir haben Erfolge erzielt. Die neuen Bundesländer haben als Billiglohnland keine Perspektive - die alten Bundesländer im übrigen auch nicht. Die Gewerkschaften werden den Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ in Deutschland durchsetzen.

Wir unterstützen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die dieses Ziel für die Lehrerinnen und Lehrer in Ostdeutschland jetzt durchsetzen will! Wir werden Dampf machen—für soziale Gerechtigkeit—für die soziale Einheit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in einer Zeit der Umbrüche. Der Kalte Krieg ist zu Ende - ein neues Zeitalter von Wohlstand und Gerechtigkeit hat noch nicht begonnen. Wir leben jetzt im Zeitalter der grenzenlosen Weltmarktkonkurrenz. Die Marktwirtschaft ist ein leistungsfähiges System, um Reichtum zu erwirtschaften. Aber Marktwirtschaft ist blind für soziale Gerechtigkeit - sie ist blind für ökologische Notwendigkeiten. Das erleben wir täglich im eigenen Lande: Wettbewerbsfähigkeit brauchen wir. Aber hat denn die Standortdebatte, die die Bundesregierung losgetreten hat, wirklich etwas bewegt? Sie hat verunsichert. Man kann einen Wirtschaftsstandort auch kaputt reden. Wir sind ein hochindustrialisiertes Land mit einer hochqualifizierten Arbeitnehmerschaft; ein Hochleistungs- und deshalb auch ein Hochlohnland. Wenn die deutsche Wirtschaft sich auf den Wettbewerb mit Niedriglohnländern einläßt, geht sie den falschen Weg. Wenn der Sozialstaat abgebaut wird, dann bringen wir einen der wichtigsten Standortvorteile in Gefahr — den sozialen Frieden. Dafür hefern die Arbeitgeber in diesen Tagen genügend Beispiele: Wer angesichts der hohen Massenarbeitslosigkeit auf Teufel komm raus Arbeitszeiten verlängern will, der provoziert den sozialen Konflikt. Dies gilt für die Arbeitgeber im Bekleidungs-gewerbe, bei Druck und Papier ganz besonders!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen die Wende zu einer Politik sozialer und ökologischer Erneuerung. Wir brauchen Reformen, um durch Innovation und Investitionen, die Strukturprobleme der Wirtschaft zu lösen und Vollbeschäftigung schrittweise zu erreichen, Reformen, um den gewandelten Bedürfnissen von Frauen und Männern an die Gestaltung ihrer Arbeit gerecht zu werden. In diesem Land dürfen nicht nur die Gewinne für die Wirtschaft stimmen, sondern nicht weniger die Lebensqualität für die Menschen. Wir brauchen Reformen, um Angst vor der Zukunft, Haß und Gewalt, der Verfolgung von Minderheiten den Boden zu entziehen. Hans Magnus Enzensberger nennt ein Land unbewohnbar, in dem Menschen ungehindert und in aller Öffentlichkeit gejagt werden können. Wir brauchen Reformen, um dieses Land für alle bewohnbar zu halten.

II.

Unser Land ist in keiner guten Verfassung - und ich frage - in welcher Verfassung befinden wir uns? Ist es nicht so, daß wir Mitglieder verlieren? Sind unsere Strukturen und Arbeitsformen noch zeitgemäß? Ja, es stimmt: Unsere Organisation ist oft zu unbeweglich. Wir verlieren Mitglieder. Jeder und jede, die uns verläßt, ist ein Verlust. Jeder Verlust schmerzt. Forschen wir selbstkritisch nach den Ursachen - aber lassen wir auch die Kirche im Dorf.

Wenn in den letzten zwei Jahren in ganzen Branchen in Westdeutschland jeder dritte und in Ostdeutschland jeder zweite Arbeitsplatz vernichtet wurde, wenn Ausbildungsplätze abgebaut werden, wen wundert es da, daß wir Mitglieder verlieren? Wir wissen aber auch: Immer noch finden Tausende jeden Monat den Weg in die Gewerkschaften. Wer in Arbeit steht, kommt nach wie vor zu uns. Trotzdem: Wir müssen uns ernsthaft um unsere Zukunft kümmern. Sonst werden wir zu alternden Riesen, zum Verein vorwiegend älterer Männer.

Ob wir zum Dinosaurier des ausgehenden Jahrhunderts oder zur gesellschaftlichen Reformbewegung an der Schwelle des nächsten Jahrtausends werden - das ist keine theoretische Frage - sondern eine höchst praktische. Und nur wir können sie beantworten — durch die Erneuerung unserer Politik und die Reform unserer Organisation. Wir müssen aus der Ecke des Selbstmitleides, auch der Trauer um verlorene Utopien herauskommen. Laßt uns um die Vision einer humanen und demokratischen Gesellschaft ringen. Wir wollen den Weg der Erneuerung fortsetzen. Wir brauchen solidarische Bündnispartner, aber auch kritische Weggefährten: in den Kirchen, in den Parteien, an den Hochschulen, in den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, in der Kunst und in den Medien. Ich fordere alle zum Dialog auf! Lassen Sie uns gemeinsam um die besseren Ideen streiten! Um Bewährtes zu erhalten - und Überlebtes zu erneuern!

III.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Verhältnis zur Politik bestimmt sich immer wieder neu. Wir sind und bleiben politische und soziale Einheitsge-

werkschaft. Wir ordnen uns auch keiner Partei unter — wie eng gemeinsame Wurzeln auch aneinander binden. Ich freue mich, daß in der Sozialdemokratie unsere Themen - die Zukunft der Arbeit und die Vollbeschäftigung wieder einen hohen Stellenwert einnehmen. Aber ich zweifle, ob die Ankündigungen zur pauschalen Überprüfung aller Sozialleistungen mit dem übereinstimmen, was wir für richtig halten. Und ich bezweifle, ob die SPD gut beraten ist, mit dem Arbeitgeberlager krampfhaft Übereinstimmung zu suchen, wo sie doch die Stimmen der Arbeitnehmer braucht.

In der CDU/CSU - so mein Eindruck - war das Wissen über die Gewerkschaften mehr von Vorurteilen als von Kenntnissen geprägt. Gespräche haben da etwas geholfen. Aber in der Sache liegen wir in vielem weit auseinander. Im Interesse des demokratischen Konsenses warne ich die Union davor, sich ins Schlepptau marktradikaler Kräfte nehmen zu lassen. Mit uns wird es keine Demontage des Sozialstaates und keine Gesetze zur Verschlechterung der Tarifverträge geben. Ich warne Politiker der Union vor nationalistischen Parolen. Damit schaden sie sich selbst und uns allen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weder Dialog, noch Öffnung, noch Einflußnahme auf die Politik werden uns nur einen Schritt weiter bringen, wenn wir uns nicht selbst bewegen. Wir müssen Gestaltungs- und Gegenmacht, kritischer Partner und Gegenspieler in dieser Gesellschaft, in der Wirtschaft, in jedem einzelnen Betrieb, in jeder Verwaltung sein. Laßt uns das Bündnis der qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den sozial Schwachen und von Ausgrenzung Bedrohten immer neu zustande bringen. Laßt uns jeden Tag aufs neue und konkret unter Beweis stellen, was Solidarität und Sozialreform sind. Dafür wollen und werden wir streiten!

IV.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben viel Arbeit vor uns. Konzentrieren wir uns auf die wesentlichen Aufgaben: die Zukunft der Arbeit, die Reform des Sozialstaates, die europäische Arbeit der Gewerkschaften sowie die Reform der Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Um die Zukunft der Arbeit ringen - heißt heute zuerst: Arbeitsplätze schaffen. Wir bekräftigen das Ziel der Vollbeschäftigung! Ich werde nicht aufhören, die Massenarbeitslosigkeit - dieses Krebsgeschwür der Industriegesellschaft — anzuprangern, auch wenn noch so viele das nicht mehr hören wollen. Wir werden uns nicht mit der Massenarbeitslosigkeit abfinden, niemals! Sie ist das Damoklesschwert über uns, unseren Kinder und der Demokratie! Der zarte Konjunkturaufschwung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich zwischen Wachstum und Beschäftigung ein Abgrund auftut. Wir wollen diesen Abgrund zuschütten. Was ist dazu notwendig und was machbar?

1. Wir fordern von der Bundesregierung ein Investitionsprogramm für Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum. Öffentliche und private Investi-

tionen müssen vorgezogen werden. Die Lähmung der Konjunktur kann so schneller und beschäftigungswirksam überwunden werden.

2. Die Innovationskraft der Wirtschaft muß gestärkt werden. Neue Produkte und neue Dienstleistungen bieten die beste Gewähr für wirtschaftliches Wachstum und Erfolg auf neuen Märkten. Eine koordinierte staatliche Industrie- und Technologiepolitik ist notwendig. Sie ist ein Schlüssel für die ökonomische und ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft. Öffentliche Dienste sind ein wichtiger Standortfaktor. Sie müssen leistungsfähiger gemacht werden.

3. Wir brauchen eine Bildungs- und Qualifizierungs-offensive. Wir brauchen Ausbildungsplätze für unsere Jugend.

4. Wir wollen Arbeit sinnvoll und solidarisch teilen! Die weitere Verkürzung und flexible Verteilung der Arbeitszeit ist nach vielen Tarifverträgen bereits möglich und wird in vielen Betrieben und Unternehmen praktiziert. Mehr Teilzeitarbeit kann ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit sein. Sie wird es sein, wenn das Bedürfnis nach Rückkehr auf einen Vollzeit Arbeitsplatz erfüllt werden kann und die Sicherung im Alter gewährleistet ist. Lieber Norbert Blüm, der Reden sind genug geschwungen. Deine Hausaufgaben warten. Gewerkschaften haben bewiesen, daß sie in der Arbeitszeit mit der Zeit gehen - aber ich sage auch, in zwei Punkten sind wir konservativ bis auf die Knochen: Kürzere Arbeitszeiten müssen kollektiv vereinbart und von den Betroffenen akzeptiert werden und durch das Teilen von Arbeit muß Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Ich füge hinzu: Es gibt eine Schmerzgrenze für Einkommenseinbußen bei der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Bereitschaft der Arbeitnehmer, Arbeit zu teilen, ist ein Akt praktischer Solidarität. Sie darf aber nicht als Einfallstor zum Abbau von Arbeitnehmerrechten mißbraucht werden.

5. Wir brauchen auf lange Zeit in Ost- aber auch in Westdeutschland eine aktive Arbeitsmarktpolitik und damit öffentlich geförderte Beschäftigung. Sie muß tariflich nach dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ bezahlt werden. Sie muß sich sinnvoll am gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Sie muß vor allem für Langzeitarbeitslose geschaffen werden. Da drückt der Schuh am meisten. Zukunft der Arbeit heißt für uns: humane und attraktive Arbeit.

Mitbestimmung muß heute neu buchstabiert werden. Sie muß bis in die Fabrikhalle, ins Büro, an jeden Arbeitsplatz heruntergebrochen werden. Wir sind offen, wenn es um die Bewertung neuer Unternehmenskonzepte geht. Schlanke Unternehmen und Verwaltungen sind für uns - zumindest in ihrer Grundidee - keine besonders raffinierte Form der Ausbeutung. Sie können es aber werden, wenn neue Unternehmenskonzepte ausschließlich die Qualität der Produkte und die Steigerung der Gewinne aber nicht die Qualität der Arbeit verfolgen. Wer das Gold aus den Köpfen holen will, muß diese Köpfe beteiligen. Wer in Worten Beteiligung verspricht, in der Realität aber Mitbe-

Stimmung und Mitsprache am Arbeitsplatz und im Unternehmen verweigert, wird scheitern. Es ist unsere Aufgabe, Mitbestimmung und Beteiligung durchzusetzen. Das war schon 1952 so und ist 1994 erst recht so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine Vision für die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Die Erwerbsarbeit bleibt für die gesellschaftliche wie die individuelle Entwicklung unverzichtbar. Wir wollen sie aber so gestalten, daß sie den Erfordernissen und Bedürfnissen derjenigen entspricht, die sie leisten. Die Zukunft der Arbeit heißt für uns: mehr Selbstbestimmung der Arbeitenden über Zeit, Bedingungen und Inhalte der Arbeit. Die Zukunft der Arbeit heißt für uns nicht weniger: Gleichstellung von Frauen und Männern. Dazu gehört auch, daß Bildung, Muße und Familienleben nicht das Privileg Begüterter ist, sondern allen möglich wird. Wir wollen für alle sinnvolle Arbeit und mehr Zeit zum Leben. Die Zukunft der Arbeit gehört heute in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Diskussion: Ich schlage den Arbeitgebern, den demokratischen Parteien und der Bundesregierung eine Initiative zur Modernisierung unserer Wirtschaft sowie der Herstellung der Vollbeschäftigung, für soziale Gerechtigkeit und den Schutz unserer Umwelt vor. Lassen Sie uns prüfen, wo wir gemeinsam handeln können. Wir sind dazu jedenfalls bereit.

V.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In diesem Land leben Millionen Menschen in Armut. Kinder sind in wachsender Zahl auf Sozialhilfe angewiesen. Menschen schlafen in U-Bahn-Schächten, weil Wohnungen unerschwinglich werden. Dies sind mahnende Zeichen für die Bedeutung und Bedrohung des Sozialstaates. Gewerkschaften haben diesen Sozialstaat miterkämpft. Er sichert die Menschenwürde. Seine Aufgabe ist es, vorausschauend Chancengleichheit und Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Dieses Verständnis muß wieder zum Grundkonsens unserer Gesellschaft werden.

Wir werden all denen in den Arm fallen, die den Sozialstaat nur abbauen und auf eine Armenfürsorge zurückführen wollen. Wir müssen darüber hinaus eigene Vorschläge für den Um- und Ausbau des Sozialstaates machen. Wir brauchen keine Flickschusterei, sondern eine solide Überprüfung der Fundamente und der tragenden Elemente. Die Lasten müssen wieder gerechter zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und der Allgemeinheit geteilt werden. Öffentliche Aufgaben, wie zum Beispiel die aktive Arbeitsmarktpolitik, müssen aus öffentlichen Mitteln finanziert - und das heißt auch öffentlich organisiert - werden. Die Sozialversicherung ist kein Finanztopf für eine verfehlte Politik.

Genau so offen sage ich: Wo gespart werden kann, muß gespart werden. Auch Vorsorge vermeidet Kosten. Wo kleine Einheiten, Selbsthilfeorganisationen und Netzwerke problemnäher arbeiten, sollen sie die notwendige Unterstützung erhalten. Soziale Dienste sind eine öffentliche Aufgabe. Sie kann nur durch motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst erbracht werden.

Reform des Sozialstaates heißt: Ein festes Fundament gegen Armut und soziales Elend errichten. Lücken in der sozialen Sicherung müssen geschlossen werden - eine soziale Mindestsicherung muß ein Leben in Würde ermöglichen. Die soziale Demokratie unseres Grundgesetzes ist ohne die Garantie der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte undenkbar. Gesetzlich erzwungene Öffnungsklauseln in Tarifverträgen und die generelle Bezahlung unter Tarif verletzen diese Tarifautonomie. Wir werden sie mit Nachdruck bekämpfen. Wir müssen unser Streikrecht wieder uneingeschränkt ausüben können. Ich fordere deshalb von allen demokratischen Parteien, die zur Wahl stehen: Sagen Sie zu, den Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes so zu ändern, daß ein Eingriff in unsere Streikfähigkeit ausgeschlossen ist. Ächten Sie die Aussperrung!

VI.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir nach den furchtbaren Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges eine Lehre gezogen haben dann ist dies die Überwindung des Nationalstaates in Europa. Mich bedrückt, daß neuer Nationalismus sein Haupt erhebt. Ich bin besorgt, wenn in allen europäischen Ländern Rassismus und Antisemitismus aus den Untergründen, aber auch aus der Mitte der Gesellschaft aufsteigen. Wir halten den Gespenstern von gestern die Perspektive des geeinten, des demokratischen und sozialen Europas entgegen. Wir lassen uns keine Angst vor Einwanderern und Flüchtlingen einreden. Wir haben die Forderung nach einer integrativen Einwanderungspolitik. Wir haben keine Furcht vor Kultur und Religion anderer Menschen. Wir brauchen die Fähigkeit, in gegenseitigem Respekt Konflikte friedlich auszutragen. Die multikulturelle Gesellschaft ist keine Vision - sie ist auch kein ewiges Straßenfest. Sie ist Realität - wir leben in ihr! Wie wir *in ihr* zusammenleben, ist Ausdruck für unsere demokratische Reife. Jede und jeder muß dies tagtäglich deutlich machen. Das ist eine unserer Antworten auf alte und neue Nazis.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich rege eine Initiative der europäischen Gewerkschaften für ein demokratisches und soziales Europa an. Die Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa befinden sich in einer Phase tiefer Umbrüche. Wie auch immer ihr Weg sein wird - sie sind unsere Nachbarn - und die neuen freien Gewerkschaften in diesen Ländern erst recht. Und Nachbarn läßt man nicht vor der Tür. Ich habe den Eindruck, die soziale Dimension der Europäischen Union scheint zu den Akten gelegt. Während sich das Europa des Kapitals mit Maastricht weitgehend etabliert hat, kommt das Europa der Arbeitnehmer nur im Schnecken tempo voran. Ich erwarte von der deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Union, daß sie zumindest die Richtlinie über die europäischen Betriebsräte zur Verabschiedung bringt.

Die Wähler haben vor drei Tagen gesprochen: Erfolge oder Mißerfolge einzelner Parteien zu bewerten, ist nicht unsere Sache. Über eines aber können wir uns auf jeden Fall freuen: Die Parteien rechts außen, jenseits des demo-

kratischen Bogens, hatten keine Chance. Uns Gewerkschaften geht es um die Inhalte und die Zukunft Europas. Und hier haben die Gewinner nachzuarbeiten. Sie stehen in der Pflicht. Alle neugewählten Mitglieder des Europaparlamentes rufen wir auf: Sorgen Sie dafür, daß Arbeit geschaffen und soziale Gerechtigkeit in Europa hergestellt werden. Wir, die Gewerkschaften, standen nicht zur Wahl. Wir stehen aber in der Verantwortung. Die europäischen Gewerkschaften müssen ihre Initiativen verstärken, um die Grundsätze sozialer Politik, die europäische Mitbestimmung und die demokratische Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an den Vereinigten Staaten von Europa durchzusetzen.

Neue Formen gewerkschaftlicher Zusammenarbeit brauchen wir weltweit. Es geht nicht an, daß wir auf dem Dorfanger Fußball spielen, während die Multis global das große Rad drehen. Wir müssen intensiv versuchen, über den Internationalen Bund freier Gewerkschaften, Sozial- und Umweltklauseln in internationalen Handelsverträgen zu verankern. In diesem Jahr wird die Internationale Arbeitsorganisation 75 Jahre alt. Streiten wir dafür, daß ihre Normen und Richtlinien weltweit - und auch in unserem eigenen Land - umfassend anerkannt werden. Das ist eine Antwort auf die Globalisierung der Weltwirtschaft!

VII.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir wollen diese Gesellschaft gestalten: Auch darum müssen wir gemeinsam die Reform des DGB und der Gewerkschaften zu einem guten Ende bringen. Ihr stellt die Weichen für den weiteren Gang der Reformen. Mit der Absicht, den DGB zu stärken, befinde ich mich in nahtloser Übereinstimmung mit allen Gewerkschaften. Wir werden ausloten müssen, was das konkret heißt. 1996 wollen wir ein neues Grundsatzprogramm verabschieden. Bis dahin muß noch viel diskutiert werden. Jede und jeder sollte sich daran beteiligen. Am Ende muß ein Text Auskunft geben, wohin wir alle gemeinsam gehen wollen.

Ich will die Kampagnefähigkeit des DGB stärken. Nicht die Zahl der Kampagnen ist entscheidend, sondern ihre Qualität. Ich werde bei jeder Aktivität die Mitarbeit der Gewerkschaften - von Euren Vorständen bis zur letzten Verwaltungsstelle - einfordern. Der Bundesvorstand ist nicht der Aufsichtsrat, sondern der Vorstand des gemeinsamen Unternehmens DGB. Konzentration auf die zentralen Vorhaben und ein solidarisches Miteinanderhandeln - das heißt für mich: führen. Führen kann aber nur ein DGB, der auch die Kompetenz dazu hat. Wir haben die Personengruppen nach dem Prinzip der Vermeidung von Doppelarbeit geordnet. Das ist ein gutes Prinzip und ich lege es der Neuaufteilung der Kompetenzen zwischen DGB und Gewerkschaften zu Grunde. Vieles können wir arbeitsteilig erledigen. Der DGB hat viele Aufgaben an die Gewerkschaften zurückgegeben. Im nächsten Schritt legen wir nun fest, welche Kompetenzen die Gewerkschaften an den DGB geben! Dann entscheiden wir, wie wir unsere Politik besser und ohne großen bürokratischen Aufwand miteinander abstimmen können. Der DGB wird nicht nur auf

die Vorschläge und Initiativen der Gewerkschaften warten, sondern selber initiativ werden.

Führen heißt auch zusammenführen. Ich sehe noch nicht, daß wir zumindest in den nächsten Jahren zu etwa gleichgroßen Gewerkschaften kommen werden. Einige Gewerkschaften haben sich entschlossen, zu Fusionen zu gelangen. Andere wollen es bei Kooperation belassen. Beide Wege können die Voraussetzungen für die Arbeit der Gewerkschaften und des DGB verbessern. Im DGB müssen die Interessen der Gewerkschaften gleichermaßen berücksichtigt werden. Niemand darf sich ausgeschlossen fühlen.

Mitgliederstärke und Organisationsgrad sind vor allem Kriterien von Durchsetzungsfähigkeit in den Betrieben. Im DGB aber muß vor allem die Dringlichkeit der Probleme und das Gewicht der Argumente zum Tragen kommen. Ein großes Problem ist die hohe Geschwindigkeit, mit der heute Unternehmen verkauft oder neu zusammengefügt werden. Ich kenne Unternehmen und selbst Betriebe, da werden Beschäftigte nach unterschiedlichen Tarifverträgen verschiedener Gewerkschaften bezahlt. Darum passen Grenzstreitigkeiten zwischen Gewerkschaften überhaupt nicht in unsere Zeit. Es ist auch kein Zeichen von Stärke, wenn Schiedssprüche nicht mehr ernst genommen werden! Solidarische Gewerkschaftspolitik heißt, die Großen wie die Kleinen, die Starken wie die Schwachen stehen füreinander ein. Der DGB muß in der Fläche präsent bleiben. Dort, wo DGB-Kreise zusammengelegt wurden, sollen DGB-Landesbezirke und -Kreise die örtliche Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften so organisieren, daß das gemeinsame Haus für unsere Mitglieder offen bleibt. Der Rechtsschutz bleibt unsere wichtigste Dienstleistung und ein hoher Anspruch. 1995 muß ein Konzept für Qualifizierung und Organisation vorliegen. Er muß weiterhin solidarisch finanziert werden.

Konzentration auf das Wesentliche in unserer Politik und Bündelung unserer Kräfte, das sind die beiden Vorbedingungen für ein Reformkonzept im Rahmen des finanziell Möglichen. Sparen ist der sorgsame Umgang mit den Beiträgen unserer Mitglieder, für die sie verdammt hart arbeiten müssen. Sparen heißt: Nach politischen Kriterien Personal- und Sachmittel einsetzen. Das muß, Kolleginnen und Kollegen, deutlicher werden! Die Motivation vieler Beschäftigter des DGB hat unter Diskussionen in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit gelitten. Für mich sind die Beschäftigten des DGB nicht die Verfügungsmasse, von wem auch immer, sondern sie sind Menschen, die motiviert und qualifiziert für unsere gemeinsame Sache arbeiten. Der DGB ist vielleicht mancherorts in keiner guten Verfassung. Ich will ihn erneuern, mit Euch und mit seinen Beschäftigten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich schlage vor, unsere Aktivitäten in einem verbindlichen Arbeitsprogramm so zu planen, daß wir aus Worten Taten machen können. Es soll im Geschäftsführenden Bundesvorstand und im Bundesvorstand entwickelt werden. Ich schlage folgende Schwerpunkte vor:

1. Entscheidungsreife Vorschläge für die Reform des DGB bis 1996.
2. Eine gemeinsame Initiative für Vollbeschäftigung und zur ökologischen und sozialen Erneuerung der Industriegesellschaft. Dazu gehört die Gleichstellungspolitik und ein Programm für eine qualifizierte Ausbildung junger Menschen.
3. Ein Dialog über die Reform des Sozialstaates, um mit Bündnispartnern gemeinsame Gesetzesinitiativen in die nächste Legislaturperiode des Bundestages hineinzutragen. Dazu gehört auch die Kampagne für die Zukunft der öffentlichen Dienste.
4. Den Ausbau unserer Europaarbeit. Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um erfolgreiche Politik in Europa machen zu können.

VIII.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, einige sagen, Gewerkschaften müßten kämpferischer sein. Ich sage: Wir müssen erfolgreicher werden! Erfolg gibt es nur in vielen kleinen Schritten. Viele, Haupt- wie Ehrenamtliche, gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertreter tun diesen Schritt jeden Tag. Mit Mühe und Ärger, mit Wissen, Bewußtsein, mit Phantasie und sozialem Engagement. Die Verkäuferin, die teilzeitarbeitet, der Bauarbeiter, die Polizistin in Wechselschicht, der Stahlarbeiter, die Ärztin im öffentlichen Gesundheitsdienst, die Beamtin, der türkische Automobilbauer und die italienische Bankkauffrau - sie sind die Gewerkschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus meiner Sicht sollten einige Botschaften von diesem Kongreß - in Berlin, im Jahre vier der deutschen Einheit - ausgehen. Zuerst: Die Reform des DGB geht weiter, mit allem Nachdruck! Weiterhin: Wir haben ein Zukunftsprojekt für dieses Land. Es darf rechtsradikalen Verführern und Brandstiftern nicht überlassen werden! Der deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften streiten für ein Deutschland, das Vorbild ist für Demokratie und Toleranz. Für ein Land, in dem alle Menschen eine sinnvolle Arbeit und soziale Rechte haben. Für ein Land, in dem Selbstbestimmung und Beteiligung, Fähigkeit zum Konflikt und Bereitschaft zum Konsens die sozialen Beziehungen prägen. Für ein Land, das Motor des sozialen Europa ist. Für ein Land, das sich weltweit für ein umweltverträgliches Wachstum und eine gerechte Weltwirtschafts- und Sozialordnung einsetzt. Für ein Land, von dem Frieden ausgeht.

Wir haben uns viel vorgenommen. Es gibt keine Gewähr dafür, daß wir unsere Ziele erreichen. Aber wir stehen in der Verantwortung, es immer wieder zu versuchen. Das werden wir tun.